

übrigen zu verbessern. Rund 2.000 Haftplätze sind bereits im Bau.

Damit sind wichtige Schritte getan, um den nordrhein-westfälischen Justizvollzug, der von der Koalition aus SPD und Grünen jahrelang vernachlässigt wurde, wieder zukunftsfähig zu gestalten. Es gibt hier auch keine Konkurrenz zwischen Jugendstrafvollzug und Erwachsenenstrafvollzug. Die Bediensteten werden zurzeit in allen Anstalten ausgebildet. Wenn die neue Justizvollzugsanstalt Wuppertal fertig und die Justizvollzugsanstalt Heinsberg ausgebaut ist, bedeutet das konkret eine Entlastung für den Erwachsenenvollzug, der zurzeit baulich etwas beengter ist als der Jugendstrafvollzug. Nach dem Neubau wird er aber ebenso gut dastehen.

Meine Damen und Herren, die Reihe der bedeutenden Haushaltsverbesserungen, welche die Landesregierung in dieser Zeit für die Justiz bewirkt hat, ließe sich noch weiter fortsetzen. Diesen Kurs setzen wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2010 konsequent fort. Die Leistungsfähigkeit der Justiz muss in allen Bereichen substanziell gestärkt und zukunftsfähig gestaltet werden. Im Gegensatz zur Vorgängerregierung haben wir das in den vergangenen viereinhalb Jahren getan und werden das auch weiterhin tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. Auch Ihnen danke ich herzlich dafür, dass Sie Ihre Redezeit nicht voll in Anspruch genommen haben. – Für diejenigen, die jetzt ins Plenum gekommen sind, eine kurze Information: Alle Redner zu diesem Einzelplan haben auf fast die Hälfte ihrer Redezeit verzichtet.

(Beifall von CDU und FDP)

Das kann auch für die weiteren zehn Tagesordnungspunkte mit Debatte, die wir noch vor uns haben, stilbildend sein, und zwar heute – nicht morgen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir stimmen jetzt über die Anträge ab, die zum Einzelplan 04 eingebracht worden sind.

Wir stimmen zuerst über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10237** ab. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dagegen? – CDU und FDP. – Enthaltungen? – Herr Sagel. Dann ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von Herrn Sagel **abgelehnt**.

SPD-Änderungsantrag Drucksache 14/10238. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Herr Sagel. Gleiches Ergebnis wie eben. **Abgelehnt.**

SPD-Änderungsantrag Drucksache 14/10239. Wer ist dafür? – SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10272.** Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Grüne und Herr Sagel. – Wer ist dagegen? – CDU, FDP und SPD. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung über den Einzelplan 04 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10204.** Wer für die Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und der **Einzelplan 04** damit **verabschiedet**.

Ich bitte darum, den Plenarsaal nicht zu verlassen, denn wir stimmen weiter ab.

Ich rufe auf:

Einzelplan 13 Landesrechnungshof

Ich begrüße die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Frau Scholle.

Ich weise darauf hin, dass es hierzu eine Beschlussempfehlung und einen Bericht Drucksache 14/10213 gibt. Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen direkt zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10213.** Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP und SPD. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Grüne und Herr Sagel. Damit sind die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU, der SPD und der FDP bei Enthaltung von Grünen und Herrn Sagel **angenommen** und der **Einzelplan 13** damit **verabschiedet**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 01 Landtag

Hierzu gibt es eine Beschlussempfehlung und einen Bericht Drucksache 14/10201. Auch hier ist keine Debatte vorgesehen.

Ich lasse also abstimmen über die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10201.** Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, SPD und Grüne. Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Herr Sagel enthält sich. Damit ist die Beschlussempfehlung bei Enthaltung von Herrn Sagel durch den Rest des Plenums **angenommen** und der **Einzelplan 01** damit **verabschiedet**.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Haushaltsplanberatungen. Wir **unterbrechen** die **Haushaltsberatung** und fahren morgen mit dem Einzelplan 08 fort.

(Vizepräsident Edgar Moron hält einen Aktenstapel in die Höhe.)

Das ist der Stapel, den wir heute noch zu beraten haben.

(Beifall von der CDU)

Ich rufe auf:

3 Verlängerung der Altersteilzeit unterstützen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10141

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10355

Ich eröffne die Beratung, und Herr Schmeltzer hat für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits im Juni des vergangenen Jahres haben wir im Rahmen eines Eilantrags infolge von bundesweiten Warnstreiks der IG Metall über die Verlängerung der Altersteilzeitregelung debattiert. Jetzt haben wir eine andere Grundlage, wenngleich das Thema das gleiche ist. Jetzt haben wir beantragt, den Gesetzentwurf bezüglich der Verlängerung der Altersteilzeit, den die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Bremen in den Bundesrat eingebracht haben, zu unterstützen.

Es war richtig und wichtig, dass die Koalition im Deutschen Bundestag in der Tradition von Olaf Scholz das Kurzarbeitergeld verlängert hat, wenn auch unter teilweise veränderten Bedingungen. Aber all die Instrumente, die wir derzeit haben, reichen in der Krise bei weitem nicht aus. Wir brauchen weitere wichtige Instrumente, wie zum Beispiel eine vorübergehende Verlängerung der geförderten Altersteilzeit.

Die geförderte Altersteilzeit stellt eine Beschäftigungsbrücke zwischen den Jüngeren und Älteren in unserer Gesellschaft dar. Gerade die unter 25-Jährigen, aber auch die 50- bis 65-Jährigen sind die Personengruppen, die einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, arbeitslos zu werden. Durch die Altersteilzeit schaffen wir für die Älteren einen Anreiz, länger zu bleiben, und wir geben ihren Arbeitgebern einen Anreiz, ihnen nicht zu kündigen.

Wir wissen alle, dass wir einen drohenden Fachkräftemangel vor uns haben und dass wir diesem begegnen müssen. Das heißt aber, dass wir konsequent handeln müssen, unter anderem dadurch,

dass wir gerade jungen Menschen den Einstieg in das Berufsleben – auch über die geförderte Altersteilzeit – ermöglichen.

Ich will Bezug nehmen auf einen Redebeitrag der Kollegin Steffens aus dem Juni des letzten Jahres, in dem sie sich zu dem damaligen Eilantrag geäußert hat. Sie hat unter anderem gesagt, dass es viele Menschen gibt, die die Altersteilzeitmodelle in Anspruch nehmen, aber nicht 1:1 Jüngere eingestellt werden. Diesbezüglich stimme ich mit Ihnen, Frau Kollegin Steffens, 1:1 überein. Die Brücke zwischen Jüngeren und Älteren muss so konstruiert sein, dass beide Gruppen darüber gehen und auch die Jüngeren Nutznießer von dem Altersteilzeitmodell sind.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Natürlich kostet die Förderung – das wissen wir alle – auch Geld. Aber wer die Subventionierung einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit, wie die IG Metall sie gemeinsam mit dem Metall-Arbeitgeberverband vorgeschlagen hat – im Übrigen meines Erachtens ein durchaus prüfenswertes Modell; Herrn Rüttgers gefällt es ebenfalls –, begrüßt, der darf nicht auf bewährte Instrumente wie die Altersteilzeit verzichten.

Norbert Blüm vertrat zu der Zeit, als die Altersteilzeit von der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung eingeführt wurde, die These, dass es besser ist, jüngere Menschen in die Betriebe zu lassen, als Alte so lange zu halten, bis sie nicht mehr können.

Recht hat er an der Stelle, als er nämlich dieses Altersteilzeitgesetz unter anderem damit begründet hat.

Die Förderung von Altersteilzeit – ich habe es gerade gesagt – kostet Geld, ja. Aber was würde es kosten, wenn Älteren gekündigt wird? Was würde es kosten, wenn jüngere Menschen keinen Ausbildungsplatz finden oder nach erfolgreicher Ausbildung keine berufliche Perspektive erhalten?

Wer Steuerversprechen auflegt in Form von Steuerentlastungen für Erben, für Unternehmer, für Hotelketten – und dies alles in beachtlicher Höhe –, muss letztendlich auch dafür eintreten, sinnvolle Arbeitsmarktinstrumente zu finanzieren wie eben die Verlängerung der Altersteilzeit.

Der Eilantrag, der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegt wurde, ist nahezu inhaltsgleich mit dem aus dem Juni 2008. Ich möchte es kurz machen. Ich verweise auch da auf meine damaligen Ausführungen. Es ist schade, dass in diesem Entschließungsantrag eine Fülle von verschiedenen Instrumenten aufgeführt ist, die sicherlich in den Einzelthemen alle beratenswert wären, aber jetzt nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Unterstützung der Verlängerung der Altersteilzeit im Bundesrat stehen. Gerne würde ich diese Themen einzeln beraten. Frau Kollegin Steffens, vielleicht haben wir dazu Gelegenheit. – Herzlichen Dank.